

Der Rat**C/51/21****Einundfünfzigste ordentliche Tagung
Genf, 26. Oktober 2017****Original:** englisch
Datum: 26. September 2017

**PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES GESETZENTWURFS ÜBER DEN SCHUTZ VON
PFLANZENZÜCHTUNGEN VON MYANMAR MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS***Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument**Haftungsausschluß: Dieses Dokument gibt nicht die Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder*

1. Mit Schreiben vom 18. September 2017 an den Generalsekretär der UPOV ersuchte Herr Naing Kyi Win, Generaldirektor, Abteilung für landwirtschaftliche Forschung, Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Bewässerung von Myanmar, um Prüfung der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs über den Schutz von Pflanzenzüchtungen (nachstehend der „Gesetzentwurf“) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend die „Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält eine von der Regierung Myanmars erstellte nichtamtliche englische Übersetzung des Gesetzentwurfs.

HINTERGRUND:

2. Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluß über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

3. Das Verbandsbüro leistete seit Dezember 2012 der Regierung Myanmars Unterstützung bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, die der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens entsprechen. Am 5. Januar 2013 ersuchte Frau Khin San Wai, Direktorin, Abteilung für Biotechnologie, pflanzengenetische Ressourcen und Pflanzenschutz, Ministerium für landwirtschaftliche Forschung, Viehzucht und Bewässerung, um Bemerkungen zu einem früheren Gesetzentwurf. Am 15. März 2013 und am 20. Dezember 2013 übermittelte das Verbandsbüro Bemerkungen zu verschiedenen Fassungen des früheren Gesetzentwurfs.

4. Am 28. und 29. Juni 2017 wurde das Verbandsbüro anlässlich einer Rechtsberatung in Genf mit einer Delegation aus Myanmar darüber informiert, daß das Gesetz über den Sortenschutz (Gesetz Nr. 15, 2016) am 20. Januar 2016 angenommen wurde. Das Gesetz Nr. 15, 2016, enthielt mehrere Bestimmungen der Akte von 1991. Es fehlten jedoch andere Bestimmungen der Akte von 1991, oder sie schienen der Akte von 1991 nicht zu entsprechen.

5. Am 8. August 2016 ersuchte die Regierung Myanmars um Mitteilung detaillierter Bemerkungen zu den im Zusammenhang mit dem Gesetz Nr. 15, 2016, vorgeschlagenen Änderungen. Das Verbandsbüro gab am 14. Oktober 2016 detaillierte Bemerkungen zum neuen Gesetzentwurf ab und erteilte weitere Anleitung anlässlich von Zusammenkünften in Myanmar am 6. Dezember 2016, am 18. Januar 2017 und am 12. September 2017.

GRUNDLAGE FÜR DEN SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN IN MYANMAR

6. In Myanmar wird der Schutz von Pflanzenzüchtungen im Einklang mit der Akte von 1991 von dem Gesetzentwurf nach dessen Annahme geregelt werden. Eine Analyse des Gesetzentwurfs folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

7. Abschnitt 2 des Gesetzentwurfs enthält Begriffsbestimmungen des Züchters und der Sorte, die den in Artikel 1 Nummer iv bzw. vi der Akte von 1991 enthaltenen Begriffsbestimmungen entsprechen.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

8. Abschnitt 3 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen, die der in Artikel 2 der Akte von 1991 vorgesehenen grundlegenden Verpflichtung entsprechen.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

9. Abschnitt 17 des Gesetzentwurfs sieht vor, daß „die Pflanzengattungen oder -arten, auf die das Gesetz anwendbar ist, vom Ministerium vorgeschrieben werden. Das Gesetz ist spätestens nach Ablauf eines Zeitraums von zehn Jahren ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes auf alle Pflanzengattungen und -arten anwendbar“, was den Bestimmungen von Artikel 3 Abschnitt 2 Nummer ii der Akte von 1991 entspricht.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

10. Die Abschnitte 15 und 16 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen über die Inländerbehandlung, die den Bestimmungen von Artikel 4 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen, Neuheit, Unterscheidbarkeit, Homogenität, Beständigkeit

11. Die Abschnitte 9 bis 13 des Gesetzentwurfs enthalten die Schutzvoraussetzungen, die den Bestimmungen der Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991 entsprechen.

12. Abschnitt 10, Unterabschnitte b) und c), enthält Bestimmungen bezüglich der freigestellten Ausnahme nach Artikel 6, Absatz 2, „Vor kurzem gezüchtete Sorten“, der Akte von 1991 wie folgt:

„b) Ist dieses Gesetz gemäß Abschnitt 17 auf eine Pflanzengattung oder -art anwendbar, auf die sie zuvor nicht anwendbar war, so werden die Sorten, die dieser Pflanzengattung oder -art angehören, so angesehen, daß sie die in Unterabschnitt a) dieses Abschnitts festgelegte Neuheitsvoraussetzung erfüllen, selbst wenn der in diesem Unterabschnitt beschriebene Verkauf oder die Abgabe an andere in Myanmar innerhalb von vier Jahren vor dem Tag der Einreichung oder, im Fall von Bäumen oder Rebe, innerhalb von sechs Jahren vor dem besagten Tag stattfand.

c) Die Bestimmung in Unterabschnitt b) dieses Abschnitts gilt nur für Anträge auf Erteilung eines Züchterrechts, die spätestens innerhalb eines Jahres, seit dem die Bestimmungen des Gesetzes auf die betreffenden Pflanzengattungen und -arten anwendbar sind, eingereicht wurden.“

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

13. Abschnitt 18 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Einreichung von Anträgen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

14. Abschnitt 21 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über das Prioritätsrecht, die den Bestimmungen in Artikel 11 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

15. Die Abschnitte 19 und 20 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen über die Prüfung des Antrags, die den Bestimmungen in Artikel 12 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

16. Abschnitt 22 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die den Bestimmungen in Artikel 13 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

17. Die Abschnitte 23 bis 27 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 14 der Akte von 1991 entsprechen.

18. Abschnitt 26 enthält Bestimmungen über die freigestellte Bestimmung in Artikel 14 Abschnitt 3 der Akte von 1991, „Handlungen in bezug auf bestimmte Erzeugnisse“, wie folgt:

„26 Vorbehaltlich der Bestimmungen in den Abschnitten 28 und 29 bedürfen die in Abschnitt 23 erwähnten Handlungen in bezug auf Erzeugnisse, die durch ungenehmigte Benutzung von Erntegut direkt aus Erntegut der geschützten Sorte, das unter die Bestimmungen des Abschnitts 25 fällt, erzeugt wurden, der Zustimmung des Züchters, es sei denn, daß der Züchter angemessene Gelegenheit hatte, sein Recht mit Bezug auf das genannte Erntegut auszuüben.“

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

19. Abschnitt 28, Unterabschnitt a), des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die verbindlichen Ausnahmen vom Züchterrecht, die den Bestimmungen in Artikel 15 Absatz 1 der Akte von 1991 entsprechen.

20. Abschnitt 28, Unterabschnitte b), c) und d), des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die freigestellte Ausnahme nach Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 wie folgt:

„b) Kleinbauern verletzen das Züchterrecht in bezug auf Sorten nicht, die auf einer Liste landwirtschaftlicher Arten stehen, wie vom Ministerium vorgeschrieben, wenn sie das Erntegut, das sie durch Anbau der geschützten Sorte oder einer von Abschnitt 27, Unterabschnitte a) und b), dieses Gesetzes erfaßten Sorte im eigenen Betrieb gewonnen haben, zu Vermehrungszwecken im eigenen Betrieb verwenden, sofern diese Nutzung im angemessenen Rahmen und vorbehaltlich der Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters erfolgt.

c) Sorten von Obst-, Zier-, Gemüse- und Forstpflanzen sind von der Ausnahme nach Unterabschnitt b) dieses Abschnitts ausgenommen.

d) Der angemessene Rahmen und die Maßnahmen zur Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters, wie in Unterabschnitt b) dieses Abschnitts erwähnt, werden in der Verordnung vorgeschrieben.“

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

21. Abschnitt 29 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 16 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

22. Abschnitt 30 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 17 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

23. Abschnitt 31 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Maßnahmen zur Regelung des Handels, die den Bestimmungen in Artikel 18 der Akte von 1991 entsprechen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

24. Abschnitt 32 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 19 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

25. Abschnitt 14 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Sortenbezeichnungen, die den Bestimmungen in Artikel 20 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

26. Die Abschnitte 35 und 36 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 21 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

27. Die Abschnitte 37 und 38 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 22 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

28. Hinsichtlich der Verpflichtung, „geeignete Rechtsmittel vorzusehen, die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991), enthalten die Abschnitte 40, 41 und 43 des Gesetzentwurfs Bestimmungen über die verfügbaren Maßnahmen zur Wahrung der Züchterrechte.

29. Bezüglich der Verpflichtung nach Artikel 30 Absatz 1 Ziffer ii der Akte von 1991 sieht Abschnitt 8 des Gesetzentwurfs folgendes vor:

„8. Stellt ein Züchter einen Sortenschutzantrag auf Erteilung eines Züchterrechts, erteilt der Zentralausschuß den Schutz und gibt eine Anerkennungsbescheinigung für diesen neuen Sortenschutz heraus, wenn die Sorte die Schutzvoraussetzungen erfüllt.“

30. Abschnitt 42 des Gesetzentwurfs entspricht der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie über die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen, wie von Artikel 30 Absatz 1 Ziffer iii der Akte von 1991 vorgeschrieben.

Allgemeine Schlußfolgerung

31. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält das Gesetz die wesentlichen Bestimmungen der Akte von 1991. Auf dieser Grundlage ist Myanmar nach der Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderungen und nach Inkrafttreten des Gesetzes in der Lage, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in deren Artikel 30, Absatz 2, vorgeschrieben.

32. *Der Rat wird ersucht,*

a) *die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;*

b) *eine positive Stellungnahme über die Vereinbarkeit des „Gesetzentwurfs über den Schutz von Pflanzenzüchtungen“ (Gesetzentwurf) Myanmars mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen, was Myanmar nach der Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderungen und nach Inkrafttreten des Gesetzes in die Lage versetzt, seine Beitrittsurkunde zu hinterlegen, und*

c) *den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung Myanmars von obiger Stellungnahme zu unterrichten.*

[Anlagen folgen]

C/51/21

ANLAGE I

Republik der Union Myanmar, Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Bewässerung, Abteilung für
landwirtschaftliche Forschung, Naypyidaw
Tel.: 067 416597 - Fax: 067 416534- E-Mail: dgdar.moai@ gmail.com

Herrn
Francis Gurry
Generalsekretär
Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
34, chemin des Colombettes
1211 Genf 20
Schweiz

18. September 2017

Sehr geehrter Herr Generalsekretär Gurry,

ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, daß das Parlament Myanmars im Begriff ist, den
Gesetzentwurf über den Schutz von Pflanzenzüchtungen zu verabschieden.

Myanmar beabsichtigt, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von
Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober
1978 und am 19. März 1991 (UPOV-Übereinkommen), beizutreten.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens würde ich es
sehr schätzen, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs Myanmars mit den
Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen würde.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

Generaldirektor
Abteilung für landwirtschaftliche Forschung
Yezin

Anlage: Übersetzung des Gesetzentwurfs ins Englische

Es wird daran erinnert, daß eine Regierung dem Rat die endgültige amtliche Fassung eines Gesetzentwurfs unterbreiten kann,
wie er seinem Parlament vorgelegt würde. Die endgültige amtliche Fassung des Gesetzentwurfs kann die Grundlage für eine
positive Stellungnahme des Rates über den Beitritt zum UPOV-Übereinkommen bilden, sofern während des parlamentarischen
Verfahrens keine Änderungen an dem Gesetzentwurf vorgenommen werden.

[Anlage II folgt]

The New Plant Variety Protection Draft Law
(The Pyidaungsu Hluttaw Law No. ----, 2017)
The -----, 1379 M.E.
(---, ---, 2017)

CHAPTER I
TITLE AND DEFINITION

1. (a) This Law shall be called **the New Plant Variety Protection Law**.
- (b) This Law shall come into force on such date as the President may, by notification, appoint.
2. The following expressions contained in this Law shall have the meanings given hereunder:
 - (a) **“Plant”** means any plant in the plant kingdom other than micro-organisms;
 - (b) **“Plant Variety”** means a plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, which grouping, irrespective of whether the conditions for the grant of a breeder’s right are fully met, can be
 - (i) defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes,
 - (ii) distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics and
 - (iii) considered as a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged;
 - (c) **Plant Breeder** means
 - (i) the person who bred or discovered and developed a variety,
 - (ii) the person who is the employer of the aforementioned person or who has commissioned the latter’s work, or
 - (iii) the successor in title of the first or second aforementioned person, as the case may be;
 - (d) **“Plant Breeder’s Right”** means a right to be enjoyed for a protected new plant variety by a plant breeder if the acts in Sections 23, 24, 25, 26, 27 of this Law are carried out;
 - (e) **“Propagating material”** means the entire plants or parts of plants used for propagation;
 - (f) **“Harvested material”** means entire plants or parts of plants obtained through the use of propagating material;
 - (g) **“Recognition Certificate”** means a certificate issued under this Law to a plant breeder for the protection of a new plant variety;
 - (h) **“Ministry”** means the Ministry of Agriculture, Livestock and Irrigation of the Union Government;
 - (i) **“Central Committee”** means the Central Committee for National New Plant Variety Protection formed under this Law;
 - (j) **“Department”** means the Department of Agricultural Research under the Ministry of Agriculture, Livestock and Irrigation.

CHAPTER II OBJECTIVES

3. The objectives of this Law are as follows:
 - (a) to protect the rights of plant breeders;
 - (b) to develop the plant breeding activity;
 - (c) to improve local and foreign investment in the plant breeding activity;
 - (d) to assist the development of the agricultural sector by breeding of new plant varieties.

CHAPTER III FORMATION OF THE CENTRAL COMMITTEE

4. The Ministry shall, with the approval of the Union Government, form the Central Committee for National New Plant Variety Protection comprising the Deputy Minister for the Ministry as the Chairperson, the Director General of the Department as the Secretary, representatives, experts and other suitable persons from the relevant departments and organizations under the Ministries which are applicable to this Law as members.
5. The Ministry may determine and assign duty to the Vice-Chairperson and Joint-Secretary, if necessary, in forming the Central Committee with the approval of the Union Government.
6. The Ministry may reform the Central Committee with the approval of the Union Government from time to time.

CHAPTER IV DUTIES AND POWERS OF THE CENTRAL COMMITTEE

7. The Central Committee shall:
 - (a) lay down policies with the approval of the Union Government to create an enabling environment to ensure independence in decision making on plant breeders' rights in order to encourage plant breeding for the development of the agricultural sector;
 - (b) cooperate and coordinate with the relevant Government departments, international organizations, local and foreign organizations and private entrepreneurs to develop the plant breeding activity;
 - (c) establish the Technical Committee and sub-Committee for a New Plant Variety Testing and reform them from time to time, and assign the function and duty.
8. When a plant breeder applies for a breeder's right of a new plant variety protection, the Central Committee shall grant protection and issue a recognition certificate of such new plant variety protection if the variety complies with the conditions of protection.

CHAPTER V
STIPULATIONS TO RECOGNIZE AS A NEW PLANT VARIETY

9. The breeder's right shall be granted where the variety is
- (i) new,
 - (ii) distinct,
 - (iii) uniform and
 - (iv) stable

The grant of the breeder's right shall not be subject to any further or different conditions, provided that the variety is designated by a denomination in accordance with the provisions of Section 14 that the applicant complies with the formalities provided for in this Law and that he pays the required fees.

10. The variety shall be deemed to be new if,
- (a) at the date of filing of the application for a breeder's right, propagating or harvested material of the variety has not been sold or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of the variety earlier than one year within Myanmar before the date of filing the application, in other foreign countries earlier than four years or earlier than six years in case of trees and vines before the said date;
 - (b) where according to section 17, this Law applies to a plant genus or species to which it did not previously apply, varieties belonging to such plant genus or species shall be considered to satisfy the condition of novelty defined in paragraph (a) of this section even where the sale or disposal of to others described in that paragraph took place in Myanmar within four years before the filing date or, in the case of trees or of vines, within six years before the said date;
 - (c) the provision under paragraph (b) of this section, shall only apply to applications for a breeder's right filed within one year, at the latest, after the provisions of the Law apply to the genera or species concerned.

11. The variety shall be deemed to be distinct if it is clearly distinguishable from any other variety whose existence is a matter of common knowledge at the time of the filing of the application. In particular, the filing of an application for the granting of a breeder's right or for the entering of another variety in an official register of varieties, in any country, shall be deemed to render that other variety a matter of common knowledge from the date of the application, provided that the application leads to the granting of a breeder's right or to the entering of the said other variety in the official register of varieties, as the case may be.

12. The variety shall be deemed to be uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics.

13. The variety shall be deemed to be stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each such cycle.

14. A new plant variety shall be named in accordance with the following provisions:
- (a) The variety shall be designated by a denomination which will be is generic designation.
 - (b) It must not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the variety or the identity of the breeder. In particular, it must be different from every denomination which designates, in the territory of any member of UPOV, an existing variety of the same plant species or of a closely related species.
 - (c) It may not consist solely of figures except where there is an established practice for designating varieties.

- (d) Subject to subsection (f), no rights in the designation registered as the denomination of the variety shall hamper the free use of the denomination in connection with the variety, even after the expiration of the breeder's right.
- (e) A variety must be submitted to all members of UPOV under the same denomination. The Central Committee shall register the denomination so submitted, unless it considers the denomination unsuitable.
- (f) Prior rights of third persons shall not be affected. If, by reason of a prior right, the use of the denomination of a variety is forbidden to a person who, in accordance with the provision of subsection (j), is obliged to use it, the Central Committee shall require the breeder to submit another denomination for the variety.
- (g) When a protected variety is offered for sale or marketed, it shall be permitted to associate a trademark, trade name or other similar indication with a registered variety denomination. If such an indication is so associated, the denomination must nevertheless be easily recognizable.
- (h) Where a denomination of a new plant variety is rejected by the Central Committee in accordance with the provisions in subsections (a) to (f), the Central Committee may require the applicant to furnish a new denomination within the prescribed period.
- (i) The denomination shall be registered by the Central Committee at the same time as the breeder's right is granted.
- (j) Any person who offers for sale or markets propagating material of a variety protected within Myanmar is obliged to use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right in that variety, except where, in accordance with the provisions of subsection (f), prior rights prevent such use.
- (k) The Central Committee ensures that the authorities of the members of UPOV are informed of matters concerning variety denominations, in particular the submission, registration and cancellation of denominations. Any authority may address its observations, if any, on the registration of a denomination to the Central Committee.

CHAPTER VI

APPLICATION OF THE RIGHT OF A NEW PLANT VARIETY PROTECTION

15. The following persons can apply for the grant of the breeder's right for a new plant variety:
- (a) any national
 - (b) any foreigner and their organizations, including natural persons and legal entities, who have their permanent residence in the Republic of the Union of Myanmar, and
 - (c) any national from, as well as natural person or legal entity resident in, foreign countries and intergovernmental organizations, which have entered with Myanmar into agreements on plant variety protection.
16. Without prejudice to the rights specified in this law, the persons under the subsection (b) and (c) of Section 15, shall enjoy the same treatment as the *nationals* of the Republic of the Union of Myanmar insofar as the grant and protection of breeders' rights are concerned, provided that they comply with the conditions and formalities imposed on the nationals of the Republic of the Union of Myanmar.

17. The plant genera or species to which the Law applies shall be prescribed by the Ministry. The Law will apply to all plant genera and species at the latest by the expiration of a period of 10 years from the date of coming into force of this Law.
18. An applicant for the breeder's right of a new plant variety shall apply to the Central Committee in accordance with the provisions in the rules and the filing date of the application for a breeder's right shall be the date of the receipt of the application duly filed as prescribed by this Law and its rules.
19. Any decision to grant a breeder's right shall require an examination for compliance with the conditions under Sections 9 to 13. In the course of the examination, the Central Committee may –
- (a) assign the duty to grow the variety or carry out other necessary tests in the designated locations to the Technical Committee for a New Plant Variety Testing comprising the experts from the relevant Government departments with the approval of the Ministry or;
 - (b) cause the growing of the variety or the carrying out of the necessary tests by an independent institute, or relevant experts;
 - (c) take into account the results of growing tests or other trials which have already been carried out.
20. For the purposes of examination, the Central Committee may require the breeder to furnish all the necessary information, documents or material as specified in the rules/decisions of the Ministry.
21. An applicant for a breeder's right of a new plant variety shall enjoy the right of priority as follows:
- (a) an applicant for a breeder's right of a new plant variety shall enjoy the right of priority for a period of twelve months from the date of filing of the first application if he/she applies a subsequent application for the same new plant variety in Myanmar after applying the right of protection in a foreign country or intergovernmental organization which has entered with Myanmar into agreements on plant variety protection. The day of filing shall not be included in the latter period.
 - (b) the applicant is required to furnish, within a period of three months from the filing date of the application, a copy of documents which constitute the first application, certified to be a true copy by the authority with which that first application was filed, and samples or other evidence that the variety which is the subject matter of both applications is the same.
 - (c) the breeder shall be allowed a period of two years after the expiration of the period of priority or, where the first application is rejected or withdrawn, an appropriate time, after such rejection or withdrawal, in which to furnish, to the Central Committee, any necessary information, document or material required for the purpose of the examination under Sections 19 and 20.
 - (d) Events occurring within the period provided for in Sub-section (a), such as the filing of another application or the publication or use of the variety that is the subject of the first application, shall not constitute a ground for rejecting the subsequent application. Such events shall also not give rise to any third-party right.
22. Provisional protection is provided to the breeder as follows:
- (a) it is provided to safeguard the interests of the breeder during the period between the publication of the application and the grant of that right;
 - (b) the applicant is considered to be the holder of a breeder's right in relation to any person who, during the period provided in Sub-section (a) has carried out acts which, once the right is granted, require the breeder's authorization as provided in Sections 23 to 27. The applicant shall have the same rights to enter into license agreements and to initiate legal proceedings as

if on the publication date the breeder's right had been granted to the applicant in respect of the variety concerned. The rights conferred under this paragraph shall be deemed never to have been conferred if the right is not granted.

CHAPTER VII PLANT BREEDER'S RIGHT

23. Subject to the provisions of Sections 28 and 29, the following acts in respect of the propagating material of the protected variety shall require the authorization of the breeder:

- (a) production or reproduction (multiplication);
- (b) conditioning for the purpose of propagation;
- (c) offering for sale;
- (d) selling or other marketing;
- (e) exporting;
- (f) importing;
- (g) stocking for any of the purposes mentioned in (a) to (f), above;

24. The breeder may make his authorization under Section 23 subject to conditions and limitations.

25. Subject to the provisions of Sections 28 and 29, the acts referred to in Section 23 in respect of harvested material, including entire plants and parts of plants, obtained through the unauthorized use of propagating material of the protected variety shall require the authorization of the breeder, unless the breeder has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said propagating material.

26. Subject to provisions of Sections 28 and 29, the acts referred to in Section 23 in respect of products made directly from harvested material of the protected variety falling within the provisions of Section 25 through the unauthorized use of the said harvested material shall require the authorization of the breeder, unless the breeder has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said harvested material.

27. The provisions in Sections 23, 24, 25, 26 shall also apply in relation to

- (a) varieties which are essentially derived from the protected variety, where the protected variety is not itself an essentially derived variety.

A variety shall be deemed to be essentially derived from another variety ("the initial variety") when

- (i) it is predominantly derived from the initial variety, or from the variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety,
- (ii) it is clearly distinguishable from the initial variety and
- (iii) except for the differences which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.

Essentially derived varieties may be obtained by the selection of a natural or induce mutant, or of a somaclonal variant, the selection of a variant individual from plants of the initial variety, backcrossing, or transformation by genetic engineering.

- (b) varieties which are not clearly distinguishable in accordance with Section 11 from the protected variety;
- (c) varieties whose production requires the repeated use of the protected variety.

28. (a) The breeder's right shall not extend to:
- (i) acts done privately and for non-commercial purposes;
 - (ii) acts done for experimental purposes and
 - (iii) acts done for the purpose of breeding other varieties, and, except where the provisions of Section 27 apply, acts referred to in Sections 23 to 26 in respect of such other varieties.
- (b) Small farmers shall not infringe the breeder's right, in relation to varieties included in a list of agricultural plants in the manner prescribed by the Ministry, if they use for propagating purposes, on their own holdings, the product of the harvest which they have obtained by planting, on their own holdings, the protected variety or a variety covered by Section 27 (a) and (b) of this Law, provided that this use is within reasonable limits and subject to the safeguarding of the legitimate interests of the breeder.
- (c) Varieties of fruits, ornamentals, vegetables and forest plants are excluded from the exception under subsection b) of this Section.
- (d) The reasonable limits and the measures for safeguarding of the legitimate interests of the breeder referred to in subsection b) of this Section shall be prescribed in the Regulations.
29. (a) The breeder's right shall not extend to acts concerning any material of the protected variety, or of a variety covered by the provisions of Section 27 which has been sold or otherwise marketed by the breeder or with his consent in the territory of Myanmar or any material derived from the said material, unless such acts
- (a-1) involve further propagation of the variety in question or
 - (a-2) involve an export of material of the variety, which enables the propagation of the variety, into a country which does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.
- (b) For the purposes of subsection (a), "material" means, in relation to a variety,
- (b-1) propagating material of any kind,
 - (b-2) harvested material, including entire plants and parts of plants, and
 - (b-3) any product made directly from the harvested material.
30. (a) No person shall carry out the acts provided for in Sections 23 to 27 without the authorization of the plant breeder to a new plant variety.
- (b) Except where expressly provided in this Law, the free exercise of a breeder's right shall not be restricted for reasons other than of public interest.
- (c) When any such restriction has the effect of the Central Committee authorizing a third party to perform any act for which the breeder's authorization is required, the breeder shall receive equitable remuneration.
31. The breeder's right is independent of any measure to regulate the production, certification and marketing of material of varieties or the importing or exporting of such material. In any case, such measures shall not affect the application of the provisions of this Law.
32. The protection period of a plant breeder's right is 25 years for trees and vines and 20 years for other new plant varieties commencing from the date of the grant of the breeder's right.

CHAPTER VIII

APPEAL

33. (a) A person dissatisfied with an order or decision passed by the Technical Committee under this Law may file an appeal to the Central Committee in accordance with the stipulations within 60 days from the date of the receipt of such order or decision.
- (b) The Central Committee may approve, cancel or amend the order of decision passed by the Technical Committee relating to the appeal under subsection (a).
34. A person dissatisfied with an order or decision passed by the Central Committee may file an appeal to the court in accordance with the stipulations within 90 days from the date of the receipt of such order or decision.

CHAPTER IX

NULLITY AND CANCELLATION OF A PLANT BREEDER'S RIGHT

35. A plant breeder's right shall be declared null and void when it is established
- (a) that the conditions laid down in Sections 10 and 11 were not complied with at the time of granting the breeder's right of a new plant variety;
- (b) that, where the grant of the breeder's right has been essentially based upon information and documents furnished by the breeder, the conditions laid down in Sections 12 and 13 were not complied with at the time of granting the breeder's right of a new plant variety;
- (c) that the breeder's right has been granted to a person who is not entitled to it, unless it is transferred to the person who is so entitled.
36. A plant breeder's right shall not be declared null and void for other reasons than those referred to in Section 35.
37. The Central Committee shall cancel the breeder's right for the following reasons:
- (a) if it is established that the conditions laid down in Sections 12 and 13 are no longer fulfilled.
- (b) if, after being requested to do so and within the prescribed period,
- (b-i) the breeder does not provide the Central Committee with the information, documents or material deemed necessary for verifying the maintenance of the variety;
- (b-ii) the breeder fails to pay such fees as may be payable to maintain his right in force; or
- (b-iii) the breeder does not propose, where the denomination of the variety is cancelled after the grant of the right, another suitable denomination.
38. A plant breeder's right shall not be cancelled for other reasons than those referred to in Section 37.

CHAPTER X

OFFENCES AND PENALTIES

39. Supervision over the implementation of this Law and its rules shall be performed by the Central Committee based on the findings of the Technical Committee.
40. (a) The holder of a breeder's right may request to the Central Committee to take the following actions with regard to a person who infringes or is likely to infringe his/her breeder's right
- (a-i) to discontinue or refrain from such infringement or preserve evidence,

(a-ii) to destruct the propagating material, the harvested material or the processed products which is a component of the act of infringement.

(b) The legal remedies in the applicable laws for the enforcement of other intellectual property rights shall be available for the enforcement of breeders' rights.

41. Whoever violates any provision in Sections 23 to 27 without authorization of the plant breeder to a new plant variety shall, on conviction, be punished with imprisonment for a term from a minimum of six months to a maximum of three years or with a fine from a minimum of one million kyats to maximum of five million kyats or with both.

CHAPTER XI MISCELLANEOUS

42. The public shall be informed by the Central Committee through the regular publication of information concerning applications for and grants of breeders' rights and proposed and approved denominations.

43. If an exhibit involved in any offence prosecuted under this Law is not easily producible before the Court, such exhibit needs not be produced before the Court but a report or other relevant documentary evidence as to the manner of custody of the same may be submitted. Such submission shall be deemed as if it were a submission of the exhibit before the Court and the relevant Court may dispose of the same in accordance with the applicable law.

44. The members of the Central Committee and of the Technical Committee for a Plant Variety Testing who are not government employees are entitled to enjoy emolument determined by the Ministry.

45. The applicant shall pay the prescribed fees concerning the filing and examination of applications.

46. The Central Committee shall, with the approval of the Ministry, determine the fees to be paid by the applicant to get the right of protection to a new plant variety. The complete schedule of fees will be provided in the rules.

47. In implementing the provisions in this Law:

(a) the Ministry may issue rules, regulations and by-laws with approval of the Union Government

(b) the Ministry and the Central Committee may issue notifications, orders, directives and procedures.

I hereby sign under the Constitution of the Republic of the Union of Myanmar

Sd/ HtinKyaw

President

The Republic of the Union of Myanmar

[End of Annex II and of document /
Fin de l'Annexe II et du document /
Ende der Anlage II und des Dokuments /
Fin del Anexo II y del documento]